



Roland Tichy (ehem. Chefredakteur der Wirtschaftswoche) war Ehrengast der Mediennacht am 21.08.2017



Florian Philipp empfängt am 24.08.2017 die Schüler des Abendgymnasiums in Magdeburg



Die AG "Landesentwicklung und Verkehr" mit Alexander Kaczmarek (DB) auf dem Bahn-Tower am 06.09.2017



Ausgabe 3/2017

EINBLICK

DAS INFOBLATT DER CDU-FRAKTION IM LANDTAG VON

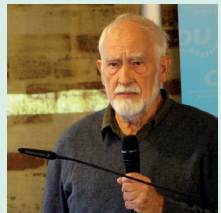
SACHSEN-ANHALT

Zweite Wolfskonferenz in Degenershausen

Die CDU-Landtagsfraktion hatte am 7. September zu ihrer Veranstaltung Blickwinkel Wolf „Märchen oder Wahrheit – Ist der Wolf eine schützenswerte Art?“ in die Parkscheune Degenershausen eingeladen.

Mit Prof. Dr. Michael Stubbe haben wir einen der renommiertesten Wolfsexperten erneut für ein Impulsreferat und die sich anschließende Diskussionsrunde gewinnen können. Darüber hinaus war das Podium hochrangig mit Franz Prinz zu Salm-Salm für den Waldbesitzerverband, Dr. Hans-Heinrich Jordan für den Landesjagdverband und Olaf Feuerborn für den Bauernverband besetzt. Besonders haben wir uns gefreut, dass sich die Harzer Bundestagsabgeordnete, **Heike Brehmer**, Zeit nahm an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Die Veranstaltung wurde durch den Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion **Detlef Gürth** eröffnet und moderiert. Weitere Informationen unter: www.cdufraktion.de

Einige Stimmen aus der Veranstaltung



Prof. Dr. Michael Stubbe:

„Der Wolf hat seinen Platz in unserer Gesellschaft verdient, aber in einer vernünftigen Größenordnung.“



Heike Brehmer MdB:

„Wir wollen den Wolf nicht bekämpfen, aber müssen ein wachsames Auge behalten.“



Detlef Gürth MdL:

„In unserem Land brauchen wir ein Wolfsmanagement, das die Wiederansiedlung steuert und vor einem Kontrollverlust schützt.“



Andreas Berbig (Iden):

„Jeder Tierhalter, der einen Risschaden hat, den wir dem Wolf zuordnen können, erhält Schadensersatz.“



Detlef Radke MdL:

„Diese Veranstaltung macht deutlich, dass wir uns weiterhin eng mit den Fachleuten und Jägern unserer Region austauschen müssen.“



Andreas Schumann MdL:

„Wie hoch ist die Wolfspopulation für Sachsen-Anhalt verträglich, ohne dass die Bevölkerung darunter leidet?“

Bürger besser vor Gefährdern schützen

Ende Juli wurden bei einer Messerattacke in Hamburg eine Person getötet und sieben weitere verletzt. Bei dem Täter handelt es sich um einen bereits abgelehnten Asylbewerber, der den Behörden nach Medienberichten als Islamist bekannt war, sich jedoch nicht in Abschiebehaft befand.

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, **Markus Kurze**, unterstützt die Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. „Die islamistische Messerattacke in Hamburg macht uns erneut die Notwendigkeit einer härteren Abschiebepolitik deutlich. Wir müssen unsere Bürger durch konsequentes Handeln besser schützen. Die Ausreisepflicht der Gefährder muss konsequent umgesetzt werden, dazu ist ein Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht notwendig.“



Das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Markus Kurze
Parlamentarischer Geschäftsführer



CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Herausgeber:

CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg
Vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden
Siegfried Borgwardt MdL

V.i.S.d.P.:

Sven Rautmann, Fraktionsgeschäftsführer
Sandra Hietel, Pressesprecherin

Stand: Oktober 2017

Fotonachweis (allg.):

©CDU-Pressestelle / Portraitsbilder: Rayk Weber

Berufsschulen als Motoren der dualen Ausbildung weiter stärken



Arbeitsgruppe Bildung Thomas Keindorf, Lars-Jörn Zimmer, Angela Gorr (Vors.) und Andreas Schumann

Liebe Leserin, lieber Leser,

Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion haben die Koalitionspartner in der Augustsitzung des Landtages ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stärkung der Berufsschulen und zur Unterstützung von Auszubildenden verabschiedet.

Diese Maßnahmen sollen gezielt die Probleme der zurückgehenden Ausbildungszahlen, die durch den demografischen Wandel und die hohe Studierneigung junger Menschen entstanden sind, bekämpfen. Somit sollen wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung in Handwerk, Industrie und Landwirtschaft gewonnen werden.

Ein weiterer Aspekt, der mit dem Antrag verbessert werden soll, ist die Gewährleistung der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen. Dem Mangel an technikorientierten Fachlehrern soll mit Hilfe des forcierten Einsatzes auch von qualifizierten Seiteneinsteigern begegnet werden. Zusätzlich soll für das Studium technischer Studiengänge stärker als bisher geworben werden. Die Maßnahmen umfassen im Einzelnen die Stärkung aller bestehenden Be-

rufsschulstandorte und die Weiterentwicklung eines zukunftsfähigen Berufsschulnetzes unabhängig von Kreis- und Landesgrenzen, um möglichst kurze Berufsschulwege zu ermöglichen.

Beim verpflichtenden Besuch einer auswärtigen Berufsschule (Fachklassen) wollen wir die verursachten Mehrkosten für Auszubildende hinreichend ausgleichen. Die Gleichbehandlung von Berufsschülern mit wohnortnaher Beschulung und denen, die eine auswärtige Berufsschule besuchen, wird hierdurch gewährleistet. In diesem Zusammenhang wollen wir die Einführung eines sogenannten Azubi-Tickets prüfen lassen. Berufsbildende Schulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten wollen wir durch gezielte Investitionen und unter Einbeziehung der von Bund und Land aufgelegten Programme weiter fördern, um diese zu modernsten technischen Bildungseinrichtungen zu entwickeln. Ferner soll die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung gestärkt und unter Wahrung der jeweiligen Besonderheiten ausgebaut werden. Gerade leistungstärkere Schülerinnen und Schüler müssen wieder verstärkt für eine duale Ausbildung gewonnen werden. Dies soll durch zusätzliche Angebote von hochwertigen Ausbildungsgängen und Fortbildungen an berufsbildenden Schulen erreicht werden.

Dieses Maßnahmenbündel soll helfen, den Trend von sinkenden Auszubildendenzahlen umzukehren. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Wirtschaft und stärken unsere ländlichen Regionen. Die Attraktivität des dualen Ausbildungssystems ist nach wie vor groß. Sie zu erhalten, ist Verpflichtung der Politik unabhängig vom parteipolitischen Standpunkt. Die CDU nimmt eine Vorreiterrolle ein und hat diese mit dem vorgelegten Antrag unter Beweis gestellt.

Thomas Keindorf, Sprecher für berufliche Bildung, während seiner Rede zur Einbringung des Antrages „Berufsschulen als Motoren des dualen Systems weiter stärken“



Siegfried Borgwardt und Gabriele Brakebusch während der Eröffnung des Sachsen-Anhalt-Tages in Eisleben am 16.06.2017



Dietmar Krause, Detlef Radke und Lars-Jörn Zimmer bei der Petitionsübergabe „Reuttsch“ am 21.06.2017



Die Arbeitsgruppe „Recht, Verfassung und Gleichstellung“ besucht die JVA Raßnitz am 11.08.2017



AG „Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung“ mit dem Geschäftsführer der Alppitzbahn am 17.08.2017



Tino Sorge MdB und Sven Schulze MdEP berichten der Fraktion am 21.08.2017 über ihre Arbeit in den Parlamenten



Ein Blick in den Tagungsraum der Fraktion während der Sommerklausur in Magdeburg am 21.08.2017

Gut aufgestellte Polizei sorgt für Sicherheit und Ordnung

Kernaufgabe der Polizei ist es, die innere Sicherheit aufrechtzuerhalten und für Recht und Ordnung zu sorgen. Sowohl die gegenwärtige als auch die zu erwartende Entwicklung der Sicherheitslage stellen jedoch enorme Herausforderungen an unsere Landespolizei dar. Als Partei der inneren Sicherheit sehen wir es als unsere Aufgabe an, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass unsere Polizei stark aufgestellt und gut ausgestattet ist.

Wir vertreten die Auffassung, dass gute Arbeit leistungsgerecht entlohnt und durch entsprechende Beförderungen honoriert werden muss. Daher setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass bei dem durch das Land zu erarbeitenden Beförderungskonzept eine möglichst große Summe bei der Polizei landet.

In letzter Zeit stand häufig die Verlängerung der Lebensarbeitszeit von Polizeibeamten in der Kritik. Viele Polizisten würden gern freiwillig nach dem 60. Lebensjahr weiterarbeiten und haben entsprechende Anträge auf Verlängerung gestellt. Dass Anträge, die nach dem 30. September 2016 gestellt wurden, abgelehnt werden, liegt an fehlenden Haushaltsmitteln, da in den Jahren zuvor viele der Anträge positiv beschieden wurden und deren Kostenfolgen bis in das Jahr 2017 reichen. Bewilligungen kann es jedoch nur geben, wenn die Finanzierung abgesichert ist. Alles andere wäre unseriös im Sinne der Generationengerechtigkeit.

Es ist Tatsache, dass der Stellenabbau der letzten Jahre bei der Polizei nicht durch ein CDU-geführtes Innenministerium betrieben wurde. Im Gegenteil, wir waren es, die sich immer wieder dafür eingesetzt haben, diese Entwicklung zu stoppen. Dies haben wir nun geschafft. Bis zum Jahr 2021 soll die Landespolizei auf 6.400



Arbeitsgruppe Inneres und Sport: Bernhard Bönisch, Chris Schulenburg, Carsten Borchert und Tobias Krull (v.l.n.r.)

Polizeivollzugsbeamte aufgestockt werden. Langfristig soll eine Personalstärke von 7.000 Polizeivollzugsbeamten erreicht werden. Erst im August dieses Jahres konnte Innenminister Holger Stahlknecht einer jungen Polizeianwärterin die 700. Einstellungszusage erteilen. Dass der Polizeiberuf nach wie vor eine hohe Attraktivität besitzt, belegen nicht zuletzt die gestiegenen Bewerberzahlen. Waren es im Jahr 2015 noch rund 2.500 Bewerber, ist die Zahl 2017 auf etwa 4.600 angestiegen, wie die Grafik zeigt. Aufgrund der Altersstruktur in den Dienststellen und den Eintritten in den Ruhestand in den nächsten Jahren, ist es nur folgerichtig, die Einstellungszahlen für Polizeianwärter deutlich zu erhöhen.

Unsere neuen Abgeordneten in der 7. Wahlperiode



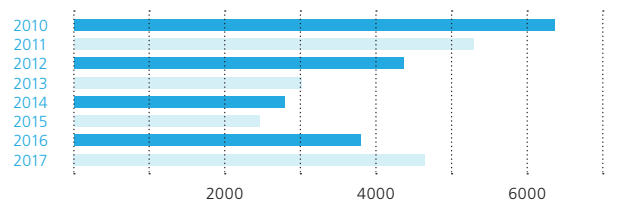
Chris Schulenburg
Innenpolitischer Sprecher

Chris Schulenburg gewann 2016 das Direktmandat im Wahlkreis Havelberg/Osterburg und gehört in dieser Wahlperiode dem Landtag erstmalig an. Der 37-Jährige hat zwei Kinder und lebt in Sandau (Elbe).

Nach seinem Abitur 1999 absolvierte er eine Ausbildung bei der Berliner Polizei und schloss das Studium zum Diplom-Verwaltungsfachwirt (FH) ab. Anschließend arbeitete er bei der Landesbereitschaftspolizei Braunschweig und kehrte 2005 in den Polizeidienst nach Sachsen-Anhalt zurück. Von 2011 bis 2013 absolvierte der gebürtige Havelberger ein Masterstudium im Bereich öffentliche Verwaltung und Polizeimanagement und war zuletzt stellvertretender Leiter des Polizeireviere Stendal.

2002 trat Chris Schulenburg in die CDU ein. Er ist Mitglied des Stadtrates Sandau und des Kreistages in Stendal sowie Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Stendal. Im Landtag gehört er den Ausschüssen Inneres und Sport sowie Recht, Verfassung und Gleichstellung an. Mehr Infos unter www.chris-schulenburg.de

Entwicklung der Bewerberzahlen 2010 bis 2017



Quelle: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage: Die Polizei in Sachsen-Anhalt – Für die nächsten Jahre ihren Aufgaben gewachsen? Seite 42

E-Mobilität muss wirkliche Alternative werden



Frank Scheurell und Daniel Szarata
Mitglieder der Arbeitsgruppe Landesentwicklung und Verkehr

In seiner Septembersitzung beriet der Landtag auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion den Antrag „Öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für E-Mobilität aufbauen“. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher, **Frank Scheurell**:

„Mit diesem Antrag kommen wir unserer Vereinbarung im Koalitionsvertrag nach, einen Impuls zu geben, um den Anteil elektrisch betriebener Kraftfahrzeuge in Sachsen-Anhalt zu erhöhen. Zudem machen wir einen weiteren Schritt dahingehend, die Elektromobilität als Beitrag der nationalen und europäischen Zielsetzungen voranzutreiben.“

Daniel Szarata, Mitglied der Arbeitsgruppe Landesentwicklung und Verkehr, ergänzt: „Als konservative Partei stehen wir für die Erhaltung des Bewährten, in diesem Fall des Individualverkehrs. Da auch Sachsen-Anhalt jeden Euro nur einmal ausgeben kann, müssen wir versuchen mit durchdachten Konzepten die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass E-Mobilität in unserem Land eine wirkliche Alternative wird.“

Mit dem Antrag wird die Landesregierung gebeten, auf Grundlage einer Potenzialprognose den voraussichtlichen kurz-, mittel- und langfristigen Bedarf einer Ladeinfrastruktur zu ermitteln. Des Weiteren soll mit potenziellen Betreibern der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, wie Stadtwerken, Gemeinden oder Unternehmen der Privatwirtschaft, in einen Dialog getreten werden, um diese zum Aufbau dieser notwendigen Ladeinfrastruktur zu animieren.

Hintergrund:

Von den 2016 in Deutschland neu zugelassenen 3,4 Millionen Pkw hatten lediglich knapp 60.000 einen Elektro- oder Hybridantrieb (1,76 Prozent). Von den knapp 1,2 Millionen Pkw, die auf den Straßen Sachsens unterwegs sind, sind nach Zahlen des Kraftfahrtbundesamtes vom Januar 2017 gerade einmal 310 Elektroautos (0,026 Prozent) und 3739 Pkw mit normalen Hybridantrieb. Nach Angaben des Verkehrsministeriums stehen mit Stand vom 1. Januar 2017 155 Ladepunkte in Sachsen-Anhalt zur Verfügung.

Landtag stimmt Änderung des Rettungsdienstgesetzes zu



Markus Kurze
Parlamentarischer Geschäftsführer

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in seiner 34. Sitzung am Donnerstag, den 28. September 2017, dem Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (RettdG LSA) mit großer Mehrheit zugestimmt. So steht am Ende der Gesetzesberatung ein Gesamtpaket, welches die Interessen der haupt- und ehrenamtlich Tätigen, berücksichtigt.

Mit der Änderung des Rettungsdienstgesetzes erfolgt die Anpassung des Landesrechts an Bundesrecht. Änderungen wurden u.a. aufgrund des Inkrafttretens des Notfallsanitätergesetzes erforderlich. Das neue Berufsbild des Notfallsanitäters wird das bisherige Berufsbild des Rettungsassistenten ablösen. Der Notfallsanitäter bekommt in seiner Ausbildung umfangreichere Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt, als dies bislang beim Rettungsassistenten der Fall war. Damit wird der fortschreitenden medizinischen Entwicklung Rechnung getragen und die Qualitätsstandards werden erhöht.

Die vereinbarte Übergangszeit von zehn Jahren bietet vor allem den Mitarbeitern genügend Zeit, sich auf das neue Modell in der Erstausbildung und berufsbegleitenden Fortbildung einzustellen. So soll Engpässen, die u.a. durch die um ein Jahr verlängerte Ausbildungszeit des Notfallsanitäters entstehen könnten, vorgebeugt werden. Erstmals erhält der Auszubildende eine Vergütung, wodurch sich die Attraktivität des Berufszweiges beträchtlich erhöht.

Die Hilfsorganisationen ASB, DRK, JUH, Malteser und DLRG, die mit ihren Leistungen eine unverzichtbare Säule unseres Gemeinwesens sind, behalten mit der Vergabe der Dienstleistungskonzession unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsprinzips ihre Vorrangstellung, ohne Private auszuschließen. Die von der EU ermöglichte Bereichsausnahme zu Gunsten der Hilfsorganisation, ist mit der besonderen Zuverlässigkeit im Katastrophenschutz, in der Leistungserbringung und im Massenfall an Verletzten begründet.

Mit der Beibehaltung der 12-Minuten-Hilfsfrist, der Frist, bis der Rettungswagen mit Notfallsanitäter vor Ort ist und der 20-Minuten-Hilfsfrist bis der Notarzt dazustößt, gewähren wir einen hohen qualitativen Standard im Rettungsdienst und eine schnelle Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger im Land.